

Schmerzliche Suche nach den Wurzeln

ERINNERUNGSPOLITIK/ Der Europäische Gerichtshof ordnet das Leugnen des Völkermordes an den Armeniern dem Recht auf Meinungsfreiheit zu. Für die Nachgeborenen ist das ein «Skandalurteil».



Archiv für Zeitgeschichte: Hier finden sich Dokumente zum Völkermord

Eugénie Renold war geschockt. Das Urteil des Europäischen Gerichtshofs, der das Leugnen des Völkermordes an den Armeniern durch das Recht auf Meinungsfreiheit schützt, verletzte die Schweizerin mit armenischen Wurzeln. «Ein Skandalurteil», sagt sie und kramt die Europäische Menschenrechtskonvention hervor. Sie verweist auf den zweiten Absatz des Artikels 10, der die Meinungsfreiheit garantiert: «Hier wird von einem verantwortlichen Umgang mit der Meinungsfreiheit gesprochen. Die Richter haben dies nicht berücksichtigt.»

TODESMÄRSCH. Vor Eugénie Renold liegt das Tagebuch von Clara Spirig-Hilty. Die Schweizerin hat 1915 die bestialischen Metzereien in der Türkei erlebt und festgehalten, wie Leichen den Euphratfluss hinabtrieben, Mädchen vergewaltigt und überlebende Frauen und Kinder in die Wüste hinausgejagt wurden. «Um ihre letzte Kraft zu brechen, führt man sie tagelang im Kreis herum», berichtete die Tagebuchschreiberin über die Todesmärsche der Armenier.

Eugénie Renold kennt die Geschichte von Kindesbeinen an. Ihre armenische Mutter hat immer wieder davon erzählt. Die Auseinandersetzung mit dem Völkermord ist für sie ein Teil ihrer Identität geworden, wie sie bei einem Treffen im Archiv für Zeitgeschichte in Zürich sagt. Sie setzt hinzu: «Das Wissen um den Völkermord trägt du immer in dir. Es greift in dein Leben ein, prägt deinen Alltag.»

HEIMATVERLUST. Shamiran Stefanos bestätigt dies. Für die 26-Jährige ist die Situation noch spannungsgeladener. Sie gehört zu den aramäischen Christen, die wie die Armenier im Osmanischen Reich zwischen 1915 und 1917 systematisch liquidiert wurden. Das Morden an den aramäischen Christen ist allerdings völlig in Vergessenheit geraten. «Ein Gefühl für meine verlorene Heimat musste ich mir regelrecht erobern. Ich konnte nicht wie andere Secondo-Kinder in den Sommerferien an den Herkunftsort meiner Eltern reisen», sagt sie. Erst vor wenigen Jahren ist sie erstmals in die südostanatolische Heimatstadt ihrer Eltern gereist. Jetzt will sie Türkisch lernen, die Sprache des Landes, aus dem ihre als Christen diskriminierten Eltern 1973 geflohen sind.

Die Auseinandersetzung mit der Herkunft, mit der Geschichte der Aramäer, bestimmt ganz wesentlich ihr Leben. Kürzlich war sie drei Monate in Istanbul, hat mit jungen Türken die Genozidfrage diskutiert. Denn Shamira Stefanos findet es auch geschichtspolitisch wichtig, dass nicht nur in der Türkei, sondern überall auf der Welt, wo eine Ethnie oder religiöse Gruppe systematisch ausgerottet wurde, eine Aufarbeitung stattfindet. Sie erinnert in diesem Zusammenhang an Hitler, der seine Vernichtungspolitik in Polen mit dem Verweis auf die Armenier begründete: «Wer redet heute noch von der Vernichtung der Armenier.» Dass die Schweiz das Leugnen eines Genozids



Aktenstudium: Adrian Künsch, Shamiran Stefanos und Eugénie Renold

unter Strafe stellt, darauf sind die beiden jungen Frauen stolz.

CEVI-ENGAGEMENT. Auch die reformierten Kirchen haben eine besondere Beziehung zu den Armeniern. Daran erinnert Adrian Künsch-Wälchli, der für den Cevi Zürich die Armenien-Partnerschaft lancierte: «Die Grossmutter meiner Frau erinnert sich noch, wie sie für den Armenier-Basar Socken gestrickt hat.» Bereits 1896, anlässlich der ersten Pogrome gegen die Armenier, organisierten Schweizer Reformierte eine Kampagne und forderten das Eingreifen der Grossmächte gegen die Ausrottungspolitik.

Heute setzt der Cevi dieses Erbe fort. Dabei konzentriert sich der Zürcher Cevi auf die 1988 von einem Erdbeben völlig zerstörte Stadt Spitak in Armenien. Ein Kultur- und Begegnungszentrum ist mit Spendengeldern entstanden. Was aber Künsch-Wälchli noch wichtiger erscheint als die materielle Hilfe: Über die Jahre ist ein dichtes Netz von tiefgreifenden Beziehungen geknüpft worden. Auch dieses Jahr stehen ein Workcamp und eine Studienreise an. «Hier können wir dank unserer sozialen Kontakte mehr bieten als Sightseeing.» Eugénie Renold war schon dreimal dabei. «Diese Begegnungen halfen mir beim Finde meiner armenischen Identität.» **DELFBUCHER**



Das Tagebuch von Clara Spirig-Hilty

Cevi für Armenien

Seit 2000 engagiert sich der Christliche Verein junger Männer und Frauen (Cevi) der Stadt Zürich für Armenien. Für das Projekt wurde eine Koordinationsstelle von zwanzig Prozent eingerichtet. Jedes Jahr findet eine Studienreise statt. Für die Finanzierung des Jugend- und Kulturhauses in der Partnerstadt Spitak sucht der Cevi weiterhin Gelder. Noch fehlen 37 000 Franken. Der Cevi und seine internationale Dachorganisation YMCA fordern zusammen mit zwanzig Staaten die Anerkennung des Völkermordes an den Armeniern und anderen Minderheiten.

www.cevizerich.ch/de/armenien

Abtreibungsinitiative bringt Christen in ein Dilemma

ABSTIMMUNG/ Ist Abtreibung Privatsache? Christliche Kreise sind sich angesichts der Initiative uneins. Viele fürchten um die Solidarität mit sozial Schwächeren, andere hoffen auf weniger Abtreibungen.

Seit 2002 gilt in der Schweiz die vom Volk mit grosser Mehrheit angenommene Fristenregelung: Der Entscheid über den Abbruch einer Schwangerschaft in den ersten zwölf Wochen liegt bei der betroffenen Frau. Nun steht am 9. Februar die Volksinitiative «Abtreibung ist Privatsache» zur Abstimmung. Sie wendet sich nicht direkt gegen die Fristenlösung, sondern fordert, dass Abbrüche künftig nicht mehr von der Grundversicherung der Krankenkassen bezahlt werden. Die

Gesundheitskosten wird das kaum senken. Die knapp 11 000 Abtreibungen pro Jahr haben daran einen geringen Anteil.

PRINZIPIENTREUE. Von den Initianten wird denn auch die Selbstbestimmung in den Vordergrund gerückt: Niemand soll gezwungen werden, gegen sein Gewissen «keine Tötung» zu finanzieren. Die grösste Unterstützung findet das Begehren in christlich-konservativen Kreisen, dort ist die Motivation prinzipieller

Art: Alles, was Abtreibungen verhindern könnte, wird bejaht. Im Gegensatz zur katholischen CVP hatte die konservative Basis bei der Evangelischen Volkspartei (EVP) Erfolg: Sie empfiehlt die Initiative zur Annahme. Doch längst nicht alle Mitglieder halten das für richtig.

ENTSOLIDARISIERUNG. Klar gegen die Initiative wendet sich EVP-Nationalrätin Maja Ingold. Sie fürchtet, dass sozial schwache Frauen damit in zusätzliche Not geraten und sogar ihre Gesundheit gefährden könnten. Und sie kritisiert: «Die Initiative gibt das Signal zur Entsolidarisierung im Gesundheitswesen und in der Gesellschaft überhaupt.» Es dürfe nicht sein, dass nur noch die Kosten von vermeintlich nicht selbst verschuldeten Krankheiten übernommen würden. «Unsere Sozialwerke bauen nicht auf Selbstbestimmung, sondern auf Solidarität auf.» Stattdessen möchte Maja Ingold neue Wege in der Prävention gehen: «Wir sollten die aufsuchende Beratung verstärken, zu den Frauen hingehen,

«Unsere Sozialwerke bauen nicht auf Selbstbestimmung, sondern auf Solidarität auf.»

MAJA INGOLD

•••••

dort, wo sie sich treffen.» Ruth Kleiber-Schenkel, Zürcher Kantonsrätin und reformierte Synodalin, hat Verständnis für die Argumente ihrer Kollegin, befürwortet die Initiative aber aus «christlich-ethischen Überlegungen»: «Ich begrüesse alles, was dazu beitragen kann, dass der Entscheid zur Abtreibung verhindert oder weniger schnell gefasst wird.»

MITVERANTWORTUNG. Die Position des Schweizerischen Evangelischen Kirchenbunds (SEK) ist deutlich: «Abtreibung ist keine Privatsache.» Die Gesellschaft trage Mitverantwortung, dass Frauen durch eine ungeplante Schwangerschaft nicht in eine soziale Notlage geraten. «Nicht durch Sanktionen, sondern durch Lebensperspektiven können Abtreibungen verhindert werden.» Anders als die Unterstützer der Initiative zieht der SEK aus dem Dilemma von Christinnen und Christen den Schluss: «Abtreibung ist Tötung werdenden Lebens, deshalb darf sie nicht in die Privatsphäre verbannt werden.» **CHRISTA AMSTUTZ**